

Antrag

Bearbeitung: Jens-Uwe Schulz (E-Mail: jens-uwe.schulz@luebeck.de Telefon:)

grün+alternativ+links (GAL): AT zu VO/2016/03912 Homophobie tötet!

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
30.06.2016	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt ist entsetzt über den Terroranschlag auf den Homosexuellen Club Pulse in Orlando, USA.

Wir trauern um die Opfer des Massakers. Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gilt den Freundinnen, Freunden, Partnerinnen und Partnern sowie den Angehörigen der Ermordeten und Verletzten.

Auch Deutschland erlebt wieder eine rückwärtsgewandte Diskussion über den Umgang mit der Vielfalt sexueller Identitäten und Orientierungen. Mit homophoben, sexistischen und rechtspopulistischen Parolen sollen all jene Menschen ausgegrenzt werden, die nicht der heterosexuellen Norm entsprechen.

Dies ist die Saat für brutale Gewalt gegen Lesben und Schwule, Transgender sowie Trans- und Bisexuelle und für terroristische Gewalttaten gegen diese Menschen. Homophobie ist tödlich!

So werden insbesondere in afrikanischen und in moslemischen Staaten gleichgeschlechtliche Handlungen immer noch strafrechtlich verfolgt. In einigen Ländern wird dafür sogar noch die Todesstrafe verhängt und werden Menschen deswegen hingerichtet.

In unserem Land sind vorrangig homosexuelle Jugendliche Opfer der immer noch weit verbreiteten Homophobie. Deren Selbstmordrisiko ist gegenüber heterosexuellen Altersgenossen um das Vier- bis Sechsfache erhöht.

Homosexualität gehört jedoch zu unserem Land und homosexuelle Menschen sind ein Teil davon. Aufgabe unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist es, Lesben, Schwule, Transgender sowie Trans- und Bisexuelle vor Homophobie, Gewalt und Diskriminierungen zu schützen und ihnen ein Leben zu ermöglichen, das ihrer jeweiligen sexuellen Orientierung entspricht.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck steht für Akzeptanz und Toleranz und wird allen Formen der verbreiteten Homosexuellenfeindlichkeit entgegentreten und diese nicht tatenlos hinnehmen.

Deshalb wird der Bürgermeister gebeten, sich dafür einzusetzen, dass keine städtischen Räumlichkeiten und keine Straßen und Plätze der Hansestadt für homosexuellenfeindliche Propaganda und Hetze missbraucht werden können.

Darüber hinaus wird der Bürgermeister gebeten, dem Hauptausschuss in der Juli-Sitzung über die Umsetzung zu berichten.

Begründung:

Anlagen :

Vorsitzende/r
der GAL - Fraktion